

Filzmaier
analysiert ↗



Das Neuwahlgespenst

1. Auf der Habenseite der Regierung steht nun, dass sie von A bis Z – von Arbeitsmarkt bis Zuwanderung – das politische Programm vorgibt. Was davon gut oder schlecht ist, darüber kann man diskutieren. Doch punktet in einem Aktion-Reaktion-Schema der öffentlichen Kommunikation jener, der häufiger die Initiative ergreift. Bisher waren die Regierungsparteien entweder durch internationale Ereignisse – von der Weltwirtschaftskrise bis zu den Flüchtlingen – oder durch Kritik der Opposition an der Arbeitslosigkeit oder schlechter Integrationspolitik getrieben. Man hechelte vor allem Angriffen der FPÖ hinterher. In der Vorwoche meckerte umgekehrt diese bloß im Nachhinein über Themen und Inhalte, welche die Regierung bestimmte.

2. Die Einigung auf das Programm „Für Österreich“ hat freilich einen gewaltigen Schön-

Wahlen gelten als Herzstück jeder Demokratie. Also können eigentlich auch vorgezogene Neuwahlen nichts wirklich Schlimmes sein. Hätten sich also SPÖ und ÖVP in der Bundesregierung letzte Woche zerstritten – na und? Stattdessen gab es ein 36 Seiten langes Arbeitsübereinkommen, weil beide Parteien damit mehr zu gewinnen als zu verlieren haben.

heitsfehler: Wenn SPÖ und ÖVP gerade in knapp einer Woche ihren politischen Plan ausarbeiteten, welchen Beruf haben die beteiligten Politiker davor ausgeübt?

Was genau haben sie in über 170 Wochen seit der Nationalratswahl 2013 oder – fairer gerechnet, weil erst da die Amtszeit von Bundeskanzler Kern begann – in rund 30 Wochen seit der Regierungsumbildung im Frühjahr und Sommer 2016 gemacht?

3. Unbestritten ist zugleich, dass Rote und Schwarze als Plan A an einem Strang ziehen wollen, ohne voneinander begeistert zu sein. Man mag sich seit 2013 oder im Grunde seit der Neuaufgabe der SPÖ/ÖVP-Koalition 2006 nicht. Doch erscheint Plan B mit Neuwahlen strategisch unsinnig. Christian Kern ist ja schon Kanzler, mehr kann er nicht werden. Ähnlich gering sind die Chancen der ÖVP, nach ei-

ner Wahl etwas Besseres als wie bisher Juniorpartner einer Koalition zu werden.

Demgegenüber steht das Risiko, mit dem werten Gespräch vulgo Hintern auf den harten Oppositionsbänken zu landen. Also macht man lieber gemeinsam weiter.

4. Kommt es im Streit zu Wahlen, so verliert die SPÖ ihren Partner, weil nach der Scheidung wäre die Wieder-Verheiratung mit der ÖVP lächerlich. Rot-Schwarz



macht keinen Sinn

plus Grün oder Rosa macht die Zweierbeziehung sicherlich noch schwieriger.

Glaut Kern an den SPÖ/Grüne/NEOS-Dreier, ist das ein Prinzip Hoffnung. Zudem gilt für Kerns Bundespartei unverändert ihr Beschluss, dass man nicht mit der FPÖ koalitiert.

5. Dazu im Wahlkampf oder parallel zu Koalitionsverhandlungen einen Parteitag abzuhalten führt zum Riesenkrach auf offener Medienbühne. Will Kern sich den Blauen annähern, muss er das in ruhigen Zeiten mit einem Trick wie die Roten im Burgenland versuchen. Dort gab es eine Mitglieder- und Funktionsbefragung „Dürfen wir mit allen reden?“.

Die mehrheitliche Ja-Antwort auf die „no na ned“-Frage diente als Basis der rot-blauen Koalition.

6. Noch absurder sind Neuwahlsszenarien für die ÖVP. Nur eine verrückte Partei möchte

sich bei Umfragewerten von unter 20 Prozent ins eigene Schwert stürzen.

Wer will wie in der Formel 1 weit zurück sein – und trotzdem einen Crash verursachen, damit das Rennen sofort abgebrochen und das Ergebnis mit einem selbst unter ferner liefen gewertet wird? Die Karriere des Vizekanzlers Reinhold Mitterlehner wäre damit wohl sofort beendet.

7. Natürlich könnte Außenminister Sebastian Kurz als Spitzenkandidat das Wahlergebnis verbessern, doch was glaubt die brustschwache ÖVP? An die politische Wiederkehr Christi auf Erden mit Kurz als Messias? Rechnet man mit Zugewinnen im zweistelligen Prozentbereich allein durch seine Person? Bei solchen Erwartungen ist Kurz zu bedauern.

8. Wann wird daher gewählt? Im beliebten Journalistenspiel des Erratens von Wahltagen ist

es von Vorteil, beim planmäßigen Termin im Herbst 2018 zu bleiben. Da kann man sich – im Fall vorgezogener Neuwahlen – nur einmal irren. Wer wöchentlich jede Neuwahlspekulation mitmacht, liegt womöglich jahrelang jede Woche daneben. Doch gibt es für die Bundesregierung drei Knackpunkte: den Gesetzgebungsprozess, das Budget und einen schwierigen Doppelpass mit den Ländern.

9. Zunächst müssen die im Parlament vor dem Sommer zu beschließenden Gesetze so aussehen, wie es der nunmehrigen Regierungsvereinbarung entspricht. Danach finden im Herbst Verhandlungen ums Geld statt. Schließlich sind im übernächsten Frühjahr vier Landtagswahlen, ohne dass jemand Testlauf für den Bund sein will.

Also spricht eine Menge dafür, dass auf Bundesebene oder in einem Bundesland –



Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Salzburg und Tirol sind hauptverdächtig, weil mit guten Umfragewerten für die Landeshauptleute Haslauer und Platter – irgendwo eine Wahl früher als geplant stattfindet.

